

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 20 (2000)
Heft: 39

Artikel: Blocher, SVP und der Nationalkonservatismus : historische und ideologische Kontinuitäten
Autor: Lang, Josef
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-651565>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Josef Lang

Blocher, SVP und der Nationalkonservatismus

Historische und ideologische Kontinuitäten

Erstmals in der Schweizer Geschichte haben sich die beiden Hauptstränge des eidgenössischen Nationalkonservatismus, der protestantische und der katholische, unter einem gemeinsamen organisatorischen Dach vereinigt. Christoph Blocher hat mit der Umwandlung einer behäbigen Mittelstandspartei, der früheren Bauern-Gewerbe-Bürgerpartei (BGB), in eine hochorganisierte „Bewegung“ (Blocher 2000, 9)¹ nicht nur die traditionell-ländlichen, sondern auch die konfessionell-protestantischen Schranken durchbrochen. Der Vormarsch des rechten Flügels der Schweizerischen Volkspartei (SVP) in den neunziger Jahren im ausgehenden Jahrzehnt erklärt sich zu einem wichtigen Teil aus dem spektakulären Zuwachs in der katholischen Wählerschaft: „Die noch vor acht Jahren fast ausschliesslich protestantische SVP wurde bei den Katholiken mit 20 Prozent zur zweitbeliebtesten Partei.“ (Hirter, 2000, 17)

Dieser Einbruch in die katholischen Stammlande war möglich geworden, weil sich das einst sehr dichte katholische Milieu in den 1970er und 1980er Jahren fast vollständig aufgelöst und die CVP sich von ihrer nationalkonservativen Vergangenheit weitgehend getrennt hatte. Für die konservativ und nationalistisch gebliebenen Katholiken, die politisch, oft auch kirchlich, heimatlos geworden sind, bietet die SVP mit ihrem nationalkonservativen Profil und ihrer Betonung christlich-schweizerischer Werte und Traditionen eine neue Heimat. In den patriotischen Kernfragen („Überfremdung“, Traditionalismus, Zweiter-Weltkrieg-Mythen, Armee, EU-Beitritt, Ruhe und Ordnung usw.) steht die Basis der CVP, deren Vorgängerin, die Schweizerische Konservative Volkspartei, den eidgenössischen Konservatismus bis in die 1960er Jahre hegemonisiert hat, weiterhin der SVP am nächsten (Hirter 2000, 24; GfS, 2000, 33).

Blochers Erfolg in Kantonen und Regionen, wo es früher die SVP gar nicht gegeben hat, wirft auch ein Licht auf die Zugewinne in den bisherigen Hochburgen und in Städten wie Zürich und Basel. Für zahlreiche „Mitmenschen“ (Blocher), die sich durch das Ende des Kalten Krieges, die beschleunigte Globalisierung und Säkularisierung, die offiziellen Kurswechsel in den Europa-, Landwirtschafts- und Abtreibungsfragen verunsichern liessen, wurde der Pfarrerssohn und heutige Multimillionär zum politischen und psychologischen Rettungsanker. Das erste Erfolgsgeheimnis der SVP liegt laut Blocher unter anderem darin, dass die „Albisgüetli-Tagung“ vielen „geradezu eine Voraussetzung für ihr seelisches Gleichgewicht geworden“ sei (S. 4).

Die folgenden Ausführungen zeigen hauptsächlich anhand der letzten Albisgüetlirede auf, dass Blochers Seelenmassage fürs „Schweizervolk“ wesentlich auf alten Rezepten aufbaut und dass die neoliberalen Schocktherapien, die er dem „Kleinstaat“ Schweiz verpassen will, sich mit jenen ganz gut vertragen.

Traditioneller Antiintellektualismus und Antisemitismus

Blocher eröffnete seine 12. Albisgüetlirede mit Attacken gegen die Intellektuellen, insbesondere gegen den liberalen alt Ständerat Andreas Iten, ein Vertreter der aussterbenden Spezies beleserter Politiker. Iten hatte die 11. Albisgüetlirede einer ausführlichen Kritik unterzogen. Blocher betonte, „das politische Wissen und Verständnis“ sei „gerade bei sogenannten einfachen Leuten viel tiefer, als mancher hochmütige Intellektuelle meint.“ (S. 4) Gegen „diese Kreise“ verteidigte er „die schweizerischen Staatsmythen“ wie die „Geschichten Wilhelm Tells, des Rütlichschwurs, Winkelrieds und zahlreicher anderer Sagen und Mythen“, hinter denen „viel mehr Wahrheit steckt als in den sogenannten Tatsachenberichten der gestrigen Tageszeitungen.“ (S. 13) Den ehemaligen Zuger FDP-Regierungsrat stellte Blocher nämlich als „ehemaligen Schulmeister“ und als „Herr alt Seminarlehrer“ vor. Iten hatte bereits in seiner Studie „Über den Wahrheitsgehalt der Albisgüetlirede „99“ auf Blochers Antiintellektualismus wie auch dessen Medienfeindlichkeit hingewiesen, aber zugleich auch auf die taktische Fähigkeit, die veröffentlichte Meinung zu instrumentalisieren (Iten 1999, 13, 70-73)².

Der Antiintellektualismus spielt bereits in Blochers Pionierzeiten eine wichtige Rolle. Bei den kantonalen Wahlen im Jahre 1979 stellte sich die Zürcher SVP als Partei vor, in der nicht „Intellektuelle und grosse Herren“, sondern Leute den Ton angeben,³ „die auf beiden Füßen im Alltag stehen“. Für die SVP gehört der Gegensatz „bodenständig“ versus „intellektuell“ zu den Leitdifferenzen in ihrer politischen Rhetorik.

Der mit Lehrer- und Pressefeindlichkeit gewürzte Antiintellektualismus bildet eine der geschichtlichen Grundkonstanten des eidgenössischen Konservatismus. Der grösste Erfolg der protestantischen Reaktion gegen die radikalliberale Regeneration, der „Straussenputsch“ 1839 in Zürich, wandte sich erstrangig gegen den mythenzerstörenden Theologen David Friedrich Strauss, gegen den aufklärerischen Seminardirektor Ignaz Thomas Scherr, gegen die von diesem ausgebildete Lehrerschaft und gegen Behörden, die solche „Freigeister“ gerufen hatten. Die neue konservative Regierung, die sich nur fünf Jahre halten konnte, „hoffte durch Beschwörung von Feindbildern die Herrschaft trotz mangelnder politischer Leistungen behaupten zu können.“ (Fritzsche/Lemmenmeier 1994, 140f.) Zu den Feindbildern gehörten „unchristliche“ Lehrer und dissidente Geistliche, die Juden und der frühkommunistische Schneidergeselle Wilhelm Weitling. Der Straussenputsch beflügelte den katholischen Konservatismus noch stärker und vor allem nachhaltiger als den protestantischen.

Den ersten grossen Abstimmungssieg, den die beiden Konservatismen

gemeinsam gegen den liberal-laizistischen Bundesstaat errangen, die Bodi-
gung des Schulgesetzes von 1882, hatte wieder eine starke intellektuellen-,
lehrer- und beamtenfeindliche Stossrichtung. Einer der Wortführer der
rechtspopulistischen Referendumskampagne gegen den sogenannten
„Schulvogt“ war Ulrich Dürrenmatt, antisemitischer Redaktor der Berner
Volkszeitung und politischer Führer der Bernischen Volkspartei. Deren
Hauptziele waren „ein gesundes Volksleben auf christlicher Grundlage“,
ein „christliches und vereinfachtes“ Schulwesen (was sich gegen Lehrer
und Seminarien richtete), die Beschränkung der „Gewerbe- und Wucher-
freiheit“ (was auf die Juden abzielte), die „Erweiterung der Volksrechte“
und die „Wiedereinführung der Todesstrafe“.⁴ Ganz ähnlich sahen die
Argumente gegen das gesamtschweizerische Schulgesetz und das Weltbild
der katholischen Konservativen aus. Der Nidwaldner Bestsellerautor Remi-
gius Niederberger, der wie Dürrenmatt in der ganzen Deutschschweiz
gelesen wurde, wandte sich dagegen, dass „Juden und Heiden überall Schul’
halten“ können.⁵

Der konservative Antiintellektualismus ist stark verknüpft mit dem
Kampf gegen die Säkularisierung von Staat und Gesellschaft. Und weil in
der Schweiz die „neue Profession der regenerierten Lehrerschaft“ (Siegen-
thaler 1994, 127), welche das Erziehungsmonopol der Geistlichkeit brach
und die liberale Presse, die „der konservativen intellektuell sowie in der
Verbreitung weit überlegen“ war (Kölz 1992, 430), eine hervorragende
Rolle spielten, haben sich in den konservativen Milieus die Einstellungen
gegen Intellektuelle, Lehrer/Professoren und Medien gehalten und zu Feind-
bilder verfestigt.⁶ Dazu gesellte sich in der Regel der Kampf gegen die
„Verjüdelung“, eine Chiffre für Modernisierung und Laizisierung der
Gesellschaft. Eine Versammlung von katholisch-konservativen Akademi-
kern brachte die Verbindung von Antiintellektualismus und Antisemitis-
mus 1924 auf den Punkt: „Der Jude ist geistnah, der Nichtjude ist natur-
nah.“⁷ Der Geist analysiert, löst auf, die Natur bildet ein organisches
Ganzes. Im Selbstverständnis der Konservativen, auch dem der SVP,
verkörpern die Intellektuellen und Juden das „Zersetzende“, sie selber
hingegen das „Bindende“.

Antietatismus von rechts

Ein weiteres Kernthema in Blochers Albisgüetlirede ist die Warnung vor
der „Vergötterung des allumfassenden Staates“. Unter Berufung auf den
Wirtschaftswissenschaftler Friedrich August von Hayek bringt der SVP-
Politiker Wohlfahrtsstaat und Totalitarismus unter einen Hut und zitiert:
„Über den Punkt, dass der Staat jedem Menschen den ihm zukommenden
Platz in der Gesellschaft anweisen solle, gab es keine Meinungsverschie-
denheiten zwischen Sozialisten und Nationalsozialisten.“ (S. 8)

Dies bedeutet allerdings keineswegs, dass Blocher der Ansicht wäre, der
und die Einzelne müssen frei über ihren „Platz in der Gesellschaft“ verfügen
können. Das neue Eherecht hatte der SVP-Parteipräsident 1985 mit folgen-

dem Argument abgelehnt: „Eine klare Zuweisung von Verantwortlichkeiten für die Zeit der Krise in der Gemeinschaft darf in der Ehe sowenig fehlen wie in allen anderen Gemeinschaften. Dass die Pflichten für die Gemeinschaft nicht hinter die Einzelinteressen zurücktreten, war und bleibt unsere Forderung.“ (Zürcher Bote 39, 27.9.1985)⁸

Zuvor hatte Blocher im Nationalrat einen Nichteintretens-Antrag mit einer antiindividualistischen Polemik eingeleitet. Der Gesetzesentwurf beabsichtige „nicht den Schutz der Gemeinschaft vor der Willkür des Individuums, sondern den Schutz des Individuums vor der Macht der Gemeinschaft“. Hinter der „verschwommenen Sehnsucht nach Führungslosigkeit“ stehe „das Traumbild einer Gemeinschaft ohne Autoritätsstruktur“.⁹ An einer Feier zum 60. Geburtstag der SVP, in der vor allem der Generalstreik von 1918 angeprangert wurde, brachte Blocher aus einer zeitgenössischen Parteischrift der BGB das Zitat vom „arbeitsamen, sittlich starken Zürichervolk“.¹⁰

Dem Antietatismus, der ebenfalls zu den Konstanten des helvetischen Konservatismus gehört, ging es nie um die persönliche Entfaltung des mündigen Bürgers, geschweige denn der Bürgerin. Im Gegenteil bezweckte er die Bewahrung der traditionellen Normen und moralischen Instanzen. Dieser traditionalistische Antietatismus trug zur haushohen Ablehnung der Mutterschaftsversicherung in der Deutschschweiz im Februar 1999 bei. Die sozialere und individualistischere Romandie stimmte deutlich zu.¹¹

Dass der Ausbau der Rechts- und Sozialstaatlichkeit die individuelle Emanzipation befördere, darauf hatte bereits der von Blocher rege zitierte Jeremias Gotthelf hingewiesen. Der Berner Pfarrer und Schriftsteller betrachtete die öffentliche und private Verrechtlichung als „legale Sanktion der Selbstsucht“ und den liberalen Staat als Konkurrenz zur „Familie“ und zum „Glauben“. Im „Gefangengenommenwerden von der Politik“ sah dieser eine Gefahr für Ruhe und Frieden im Haus, in der Gemeinde und im Vaterland. Wie der Pfarrerssohn Blocher meinte der Emmentaler Pfarrer, der Staatsausbau führe „denn immer doch“ zum „Kommunismus“.¹²

Als sich 1852 der linke Flügel des Aargauer Freisinns für die Einführung der Einkommens- und Vermögenssteuern stark machte und damit durchkam, wurde ihm vorgeworfen, es folge „ein Fötzelregiment und eine Kommunistenwirtschaft“.¹³ Blocher nennt das heute im Zeichen der offensiven SVP-Steuersenkungspolitik „einen sozialistischen Raubzug auf das Eigentum des Schweizer Bürgers“ (S. 15).

Die Verstaatlichung der Eisenbahnen wurde von katholischen und protestantischen Konservativen in den 1890er Jahren als „staatssozialistische“ Entwicklung bekämpft. Nach verllorener Schlacht schlug Ulrich Dürrenmatt Töne an, die wir leicht abgewandelt immer wieder von Blocher zu hören bekommen: „Gegen das Überhandnehmen eines allmächtigen Beamtenstaates wollten wir uns zur Wehr setzen, aber wir sind unterlegen, weil die allmächtige Bürokratie schon da ist. (...) Man kann nicht sagen, wir haben eine Bürokratie, die Bürokratie hat uns.“ Am 15. Januar 1999 sprach Blocher im Albisgüetli von der „ununterbrochen beherrschenden und be-

sitzergreifenden Fürsorge staatlicher Beamter, Funktionäre und Politiker“. Der Antietatismus, der sich gern mit Verschwörungsphantasien verbindet, war häufig antisemitisch aufgeladen. Dürrenmatt bezeichnete den Kauf der Centralbahnaktien durch den Bund im Jahre 1891 als „Judenhandel“ und vermutete hinter der „Beamtenherrschaft“ die wie die Juden gleichermassen verdächtigten „Freimaurer“. ¹⁴

Die Freisinnigen, die unmittelbar nach dem Generalstreik für eine Linkswende und die Einführung der direkten Bundessteuer eintraten, wurden vom „Vaterland“, dem Zentralorgan der Schweizerischen und Konservativen Volkspartei, als „Miesmacher und Halbsozialisten“ bezeichnet (Vaterland 30.1.1920, Ernst/Wigger 1993, 164). Der Ausbau des Sozialstaates, unter anderem die Schaffung der AHV, wurde in der Zwischenkriegszeit „mit dem zum katholisch-konservativen Schimpfwort gewordenen Begriff „Staatssozialismus“ bekämpft“ (Imhof 1993, 337).

Der konservative Antietatismus verband sich seit jeher mit einem autoritären „Staatsfundamentalismus“ (Kleger 1993, 194), der das Gemeinwesen auf ewigen Werten und „Säulen“ abstützt. Zu ihnen gehören die patriarchale Familie, der „Föderalismus“, bei dem es sich in vielen Fällen um Kantonalismus handelt, oder die „dauernd bewaffnete Neutralität“ (S. 12). Die Beschwörung traditioneller „Sittlichkeit“ geht einher mit einem starken Misstrauen gegen die „Politik“, die mehr als Gefahr für das private Leben und Geschäften denn als Chance für die Gestaltung der Öffentlichkeit begriffen wird. Deshalb ziehen die Konservativen das bremsende Referendumsrecht der von der Neuen Linken in den 1970er Jahren neu entdeckten Volksinitiative vor und deshalb auch kann die SVP mit dem konstruktiven Referendum überhaupt nichts anfangen. ¹⁵

Besondere Blüten trieb die Kombination von Antietatismus und „Staatsfundamentalismus“ im Rahmen der „nationalen Tatgemeinschaft“, die in den 1930er Jahren für eine Totalrevision der Bundesverfassung kämpfte. Die mit den Frönlern verbündeten Katholisch-Konservativen postulierten in einem „Vorentwurf zu einer Bundesverfassung“ einerseits den Abbau von bundesstaatlichen Kompetenzen zugunsten der Kantone, beispielsweise bei der Zivilgesetzgebung (Ehe- und Scheidungsrecht!), den grundsätzlichen Verzicht auf eine Bundessteuer, die Entstaatlichung und Verkirchlichung des Schulwesens, das die „sittlichen Pflichten gegen Gott, gegen die Gesellschaft, gegen das Vaterland und die Familie“ stärker zu gewichten habe. Andererseits sollten der Armee Ordnungseinsätze erleichtert und die individuellen Grundrechte, unter anderem die Vereinsfreiheit für „gottlose“ und „marxistische“ Organisationen, eingeschränkt werden. Die Niederlassungsfreiheit ist jenen zu entziehen, bei denen „die Gefahr besteht, dass sie dauernd der Armenfürsorge zur Last fallen.“ ¹⁶

Fremdenfeindlichkeit und der Hass auf die Linken

Auch der „Asylmissbrauch“ und die Fremdenabwehr waren in der Albisgüetlirede selbstverständlich ein zentrales Thema. Explizit werden „die

Juden“ von Blocher zwar nicht erwähnt, allerdings ist der Antisemitismus fester Bestandteil des christlichnationalistischen Weltbildes.¹⁷ Unter anderem zitiert Blocher den „liberalen Denker Wilhelm Röpke“, der vor den Nazis in die Schweiz geflohen war und hier vor allem die Katholisch-Konservativen stark beeinflusst hat: „Jedes Land wird das Recht haben müssen, seine geistige und politische Tradition vor dem Zustrom von Einwanderern zu schützen, die sie durch Assimilationsunfähigkeit oder schon durch ihre blosse Masse in Frage stellen können.“ (S. 10) Der Wirtschaftsprofessor Röpke, der politisch und kulturell alles andere als ein Liberaler war, hat diese Zeilen 1945 in einem Schweizer Verlag veröffentlicht, was Blocher mit dem Hinweis auf eine spätere Auflage unterschlägt. Übrigens verteidigte Röpke die „geistige und politische Tradition“ ebenso vehement vor der „pathologischen Entwicklung“ der Gleichberechtigung der Geschlechter.¹⁸ Die Fremden- und die Asylfeindlichkeit bilden eine weitere Konstante des helvetischen Konservativismus. Während der Zeit der Regeneration von 1830-1848 war die Haltung zu den Flüchtlingen ein Politikum ersten Ranges, das den Graben zwischen den Radikalliberalen und Konservativen vertiefte und das jeweilige nationale Selbstbild stark prägte. 1860 bis 1874 war die Gleichberechtigung der jüdischen Männer ein zentraler Konflikt zwischen Freisinn und Katholisch-Konservativen. Im damals sich bildenden katholischen Milieu, dessen Ziel eines „christlichen“ statt „kosmopolitischen Staates“ mit der Judenemanzipation unvereinbar war, bewegte diese Verfassungsrevision die Gemüter mehr als der Abbau der kantonalen Souveränitäten. 1888 unterstützte Ulrich Dürrenmatt den antisemitisch motivierten Antrag eines Parteifreundes, „dass künftig den gedruckten Vorlagen auch die Konfession des Bewerbers angegeben werden müsse“, mit folgender Formulierung: „Wenn man einen Landesfremden in unseren Volkskörper aufnehmen will, so darf man doch Rechenschaft verlangen, was er ist, was für eine Nationalität und Religion er hat.“¹⁹

Nach dem Generalstreik setzte sich die nationalkonservative Alternative zu einem linksliberalen „galop social“ durch, indem sie der Leitdifferenz „reaktionär“ gegen „fortschrittlich“ das Begriffspaar „fremd und einheimisch“ entgegenstellte. Der intensivierte „Überfremdungs“-Diskurs verband Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Verfolgung der Fahrenden mit einer Bekämpfung der Linken. „Der innere Feind wurde mit dem Fremden identifiziert“, was den „Kampf gegen die Linke“ zu einem „Ausdruck schweizerischer Lebensart“ machte (Ernst/Wigger, 1993, 167). 1941 deutete der Bestseller-Autor und katholische Geistliche Josef Konrad Scheuber, der das katholische Männervolk bis in die frühen 1970er Jahre stark beeinflusst hat, den gemeinsamen Schwur der „vaterländischen Schweizerjugend“ zum 650. Geburtstag der Eidgenossenschaft auf dem Rütli folgensermassen: „Wer darf so schwören? Nur wer an Kreuz und Herrgott glaubt! Die Folgerung ist einfach: Ein Heide, ein Abtrünniger, ein Glaubensloser kann gar nicht Schweizer sein!“ Weniger bekannt ist der Zusammenhang von geistiger Landesverteidigung und der Wiederkehr des „gemeinschaftsideologischen Überfremdungsbegriffs“ (Romano 1999, 78) in

den späten 1960er Jahren, der in den beiden vergangenen Jahrzehnten unter dem Schlagwort „Wirtschaftsflüchtling“ immer wieder Urständ feiert.²⁰

Bis heute bringt die SVP in ihrer Propaganda die Linke immer wieder im Zusammenhang mit dem „Fremden“ ins Spiel. In ihrer 1999 veröffentlichten Broschüre zur „Ausländerpolitik“ trägt das ausführlichste Unterkapitel den Titel „Masseneinwanderung „dank“ linker Politik“. Weiter verknüpft sie ihre Ausländerfeindlichkeit mit dem Antiintellektualismus. 1985 kritisierte die SVP im Zusammenhang mit dem Seebacher Kirchenasyl im gleichen Text die „idealistischen Pfarrherren“ und verlangte die Ausschaffung von „ausländischen Delinquenten“ (Zürcher Bote 46 / 15.11.1985).²¹

Christlicher Nationalismus

Die Schlüsselstellen von Blochers Ausführungen über das „sechste Geheimnis der SVP: den Sonderfall begreifen“ machen deutlich, wie stark die SVP trotz Säkularisierung im Christlich-Alteidgenössischen wurzelt: „Viel Wichtiges liegt in den Worten unserer Nationalhymne: ‘Denn die fromme Seele ahnt’ (...) Die Eidgenossen hielten nicht sich selbst für das Mass aller Dinge, sondern bekräftigten ihren Bund feierlich durch einen Eid, also durch die Anrufung Gottes.“ Der SVP-Historiker Christoph Mörgeli betitelte seine Polemik gegen die „Früchte der multikulturellen Gesellschaft“ in der „Schweizerzeit“ (13/26.5.2000) mit den Worten: „Null Konfirmanden in Aussersihl“. Unter der Überschrift „Multikultur zerstört die Kultur“ bindet die SVP in ihrer Publikation zur „Ausländerpolitik“ die schweizerische „Identität“ und „Orientierung“ an die gemeinsamen „Bezugspunkte“ zur „Geschichte, Tradition, Kultur, Religion und den Ahnen“. Und diese wiederum sind fürchterlich fromm gewesen, wie nicht zuletzt die SchweizerInnen jüdischer Herkunft häufig zu spüren bekamen. Die wiederholte Hervorhebung der christlichen Religion macht Juden und Muslime zu BürgerInnen zweiter Klasse.²²

Unmittelbar nach der „Anrufung“ des christlichen „Gottes“ (die drei Schwurfinger passen nur zur „Dreifaltigkeit“) kommt Blocher auf den zivilreligiösen Grundgehalt des helvetischen Nationalismus zu sprechen: „Aus diesem Bund von Talgenossenschaften, aus diesem Nein gegen grossstaatliche, zentralistische Ansprüche, aus diesem Nein zur Fremdherrschaft und zur Tyrannei ist unser Land herangewachsen. Auf dieser Grundlage wurden Föderalismus, Liberalismus und Demokratie erst möglich. ... die schweizerische Armee ist seit Jahrhunderten eine reine Widerstandsarmee“. (S. 14)

Kennzeichnend für die nationalkonservative Vergangenheitspolitik ist der fließende Übergang von 1291 zum 1848 gegründeten Bundesstaat. Dass der Liberalismus die schweizerische Demokratie gegen den sogenannten Föderalismus in einem Bürgerkrieg durchsetzen musste, wird ausgeblendet. Ebenfalls die Tatsache, dass von einer Schweizer Armee vor 1874 keine Rede sein kann und dass diese in den ersten Jahrzehnten ihres Bestehens vor allem gegen die Arbeiterbewegung eingesetzt wurde. Vom

Rütlichschwur zum EWR-Nein (1991) - dazwischen liegen 700 Jahre –, und darin irgendeine historische Kontinuität zu behaupten, erinnert an den Amselfeld-Mythos (1389) des serbischen Nationalismus – mit dem Unterschied allerdings, dass es sich bei diesem um eine historische Tragödie, im Mythenkult der SVP eher um eine unsägliche Komödie handelt.²³

Eine ähnliche Art der Geschichtsglättung betreibt die SVP, wenn sie die „Aufklärung“ bruchlos in die Gemeinschaft der „abendländischen Grundwerte“ eingemeindet und damit den radikalen Unterschied zwischen einer Gesellschaft, die an die Transzendenz und an Traditionen schicksalshaft gekettet sein soll, und derjenigen, die auf der politischen Willensbildung der BürgerInnenschaft baut, unterschlägt. Die Absicht dieser konservativen Vereinnahmung der „Aufklärung“ hat mit deren Toleranz-Anspruch sehr wenig zu tun: „Ein korantreuer Muslim kann weder die Gleichberechtigung der Frau noch die Trennung von Staat und Religion akzeptieren.“²⁴

Auch mit dem Erbe der geistigen Landesverteidigung weiss Blocher höchst eigenwillig umzugehen. In seinem „siebten Geheimnis“ wandelt er die während des Zweiten Weltkriegs entwickelte Idee der Eidgenossen als „auserwähltes Volk“ um in die Vision der Schweiz als ausgewähltes Land: „Warum soll das Land der Freiheit nicht Schirm und Hort werden für all jene europäischen Gebiete, die sich weniger zentralistische Machtballung, weniger Steuerlast und mehr politische Mitsprache wünschen?“ (S. 19) Diese Version einer „Verschweizerung Europas“ durch territoriale Erweiterung stellt das „Wesen“ der Schweiz nicht in Frage, sondern will es bekräftigen.

Neualter Konservativismus und die totale Marktfreiheit

Ebensowenig erschüttert wird Blochers Schweizbild und Weltanschauung durch den von ihm in den Konservativismus eingebauten Neoliberalismus, der anfänglich präziser „Neokonservativismus“ genannt wurde (Butterwege 1999, 71). Blocher opfert kommentarlos die traditionalistische Skepsis gegenüber wirtschaftlichen Grossgebilden, finanzkapitalistischem Spekulantentum und globaler Mobilität auf dem Altar der „freien Marktwirtschaft“. Noch 1957 hatte sein Gewährsmann Röpke gewarnt vor der „Marktwirtschaft einer ... der Konzentration anheimgefallenen Gesellschaft“²⁵ und plädiert für „Gegengewichte gegen Wettbewerb, Preismechanik“ – ganz im Sinne der hauptsächlich von der BGB angestrebten planwirtschaftlichen Agrarpolitik.

Blocher geht in der Verabsolutierung der Marktfreiheit so weit, dass er in seiner, das Wirtschaftsliberale stärker als das Nationalkonservative betonenden, Schrift „Freiheit statt Sozialismus“ vom April 2000 die „freie Wahl der Konsumenten“ mit Demokratie identifiziert.²⁶ Dass alle Staatsbürgerinnen und -bürger gleich viele Stimmen haben, aber die Konsumentinnen und Konsumenten über höchst unterschiedliche Kaufkraft verfügen, ist für den SVP-Politiker ohne Belang. Blochers Gleichsetzung von Markt und Urne, von Bourgeois und Citoyen illustriert, wie seine Verteufelung der materiellen „Gleichmacherei“ und des „Umverteilungsstaates“ auch die

republikanischen Grundsätze der rechtlichen und politischen Gleichheit untergräbt. Blochers Lob auf den Konsumbürger steht in einem gewissen Widerspruch zu seinem protestantischen Puritanismus, wie er sich in der Bekämpfung einer liberalen Drogenpolitik manifestiert. Diese sei „die konsequente Fortsetzung verwahrlosten Denkens“, sie entstamme einer „falschen Lebensauffassung“, deren höchstes Ziel es sei, „den Menschen ein Leben ohne Last, ohne Verzicht und ohne Hindernisse zu ermöglichen.“²⁷

Blocher bringt den althergebrachten Nationalkonservatismus und den neoliberalen Neokonservatismus zusammen, indem er den antietatistischen Diskurs ausweitet und den „Kleinstaat“-Nationalismus modernisiert. Das Christliche wird nicht aufgegeben, aber runtergefahren und entkonfessionalisiert. Der Staat darf den ökonomischen Wettbewerb weder behindern noch garantieren. Der Föderalismus erfüllt in einem gleich zwei Funktionen: Einerseits dient er als „Säule“, auf dem der „Sonderfall Schweiz, das Geheimnis Schweiz“ beruhe. Andererseits soll Föderalismus der „Wettbewerb von Kantonen und Gemeinden“ sein (S. 12). Eine neoliberale Erfindung wird in die Vergangenheit projiziert. Der Standort-Nationalismus rüstet die geistige Landesverteidigung ökonomisch auf. Die Europa- und UNO-Gegnerschaft geht bei Blocher einher mit dem wirtschaftlichen Globalismus.

Das nationalkonservative Politik- und Kulturverständnis dient dazu, die von der neoliberalen Dynamik verursachten Verunsicherungen und Verwerfungen ohne wohlfahrtsstaatliche und europapolitische Konzessionen aufzufangen. Blocher glaubt für die Auflösung des Modernisierungskonflikts, des Widerspruchs zwischen befriedeter Gemeinschaft des „Schweizervolkes“ und entfesselter Globalwirtschaft eine rhetorische Formulierung gefunden zu haben: „Unser Geheimnis ist, dass wir den Weg zwischen Tradition und Innovation, zwischen konservativ und modern trittsicher und überzeugend gehen.“ (S. 17) „Tradition“ und „konservativ“ stehen für Politik und Gesellschaft, „Innovation“ und „modern“ für Wirtschaft und Technologie. „Trittsicher“ meint das Bodenständige, „überzeugend“ den Populismus einer „postmodernen Medienpartei“ (Jost 2000, 22).

Allerdings soll das Neue am Neokonservatismus nicht überschätzt werden. Die antikapitalistische Haltung des älteren Konservatismus verstand sich, beispielsweise bei den Christlichsozialen während des Generalstreiks, bestens mit einer prokapitalistischen Realpolitik. Ganz zu schweigen von der reaktionären Agrarlobby, welche ihre „reaktionäre Bauernmythik“ (Jost 2000, 21) hervorragend zur Bekämpfung des sozial- und fiskalpolitischen Fortschritts im Interesse der Banken einzusetzen wusste. Besonders deutlich zeigt sich heute die sozialkonservative Kontinuität in der „Tendenz zur Ausgrenzung von Schwächeren, Minderheiten und sogenannten Randgruppen“ (Butterwegge 1999, 76). Geradezu legendär ist der Pragmatismus der Konservativen, insbesondere der schweizerischen, für einen „Antimodernismus mit modernen Mitteln“ (Altermatt 1991, 49) einzustehen.

Engführung des Souveräns

Während es Blochers SVP gelang, Protestanten und Katholiken, Land und Stadt, konservativen Nationalismus und neoliberalen Globalismus zusammenzubringen, fällt es ihr schwer, auch in der Romandie Fuss zu fassen. Waren bei den jüngsten Nationalratswahlen 15 Prozent der FDP-, 20 Prozent der SP- und 29 Prozent der CVP-Wählenden französischsprachig, betrug deren Anteil bei der SVP nur 5 Prozent.²⁸ Dabei kennt auch die Romandie starke konservative Traditionen und grosse ländliche Gebiete, und der Föderalismus ist dort mindestens so gut verankert wie in der Innerschweiz. Der Unterschied zwischen den beiden Sprachregionen weist auf den Kerngehalt des eidgenössischen, genauer: deutschschweizerischen Konservativismus hin. Und dieser besteht weder im Föderalismus noch im mittelständische Familienbetrieb, noch in dem (von Konservativen patrizischer und grossbürgerlicher Herkunft bekämpften) Ausbau der Volksrechte, noch in der Distanz zum Staat. Er besteht in der Engführung des Souveräns. Wenn der Konservativismus in den letzten 170 Jahren etwas besonders beharrlich bekämpft hat, dann war es neben der Öffnung der Grenzen die der StaatsbürgerInnenschaft. Davon waren (und sind) nicht nur die Juden, die Fahrenden, die niedergelassenen AusländerInnen und die weibliche Bevölkerungsmehrheit betroffen. Ausgegrenzt wurden im jungen Bundesstaat, insbesondere in den konservativen Kantonen, auch die minderbemittelten christlichen Männer, denen ausserhalb ihres Bürgerorts bis zur radikalliberalen Totalrevision der Bundesverfassung im Jahre 1874 etliche politische und bürgerliche Rechte verweigert wurden (Tanner, 1998, 70 ff.).²⁹

Bereits in der Zeit der Regeneration von 1830 bis 1848 fiel die Ausweitung der Bürgerrechte in der Romandie leichter als in der Deutschschweiz. In der verfassungsgebenden Tagsatzung 1848 stimmten vier Kantone für die Niederlassungsfreiheit der Juden: Waadt, Genf, Neuenburg und der Aargau, wo die Mehrheit der schweizerischen Israeliten lebte. Dieses Recht kam 1866 anlässlich der ersten Volksabstimmung im Bundesstaat nur dank der Romandie durch. Die drei welschen Kantone waren auch die ersten, welche 1959/60 die Frauen in der Schweiz zu Bürgerinnen machten. Im Juni 1994 stimmte eine deutliche Mehrheit der Romans für die erleichterte Einbürgerung junger AusländerInnen, während die meisten DeutschschweizerInnen dagegen waren. Besonders hoch waren die jeweiligen Nein-Anteile in der Innerschweiz.³⁰

Der Unterschied zwischen den beiden Sprachregionen liegt darin, dass das republikanische Selbstverständnis in der Romandie stärker staatsbürgerlich-individualistisch, in der Deutschschweiz mehr gemeinschaftlich-bündisch geprägt ist. Ein Nationalstaats- und Demokratiekonzept, das primär von den mündigen Citoyennes und Citoyens ausgeht, ist offener und beweglicher als jenes, das auf der Vorstellung eines gemeinschaftlichen Volkskörpers baut. Die Verfassung des Halbkantons, der sich im 19. Jahrhundert besonders heftig gegen die Gleichberechtigung der Juden

wehrte, betonte nicht nur die Katholizität, sondern die Ganzheit des Souveräns: „Das Nidwaldner Volk bekennt sich ungeteilt zur christlich-römisch-katholischen, apostolischen Religion.“ Die hochritualisierte Landsgemeinde verkörperte diese Geschlossenheit des Volkes.³¹

Dass die „geistige Landesverteidigung“ trotz des angesehenen Generals Guisan in der französischsprachigen Schweiz sich nie wie in der deutschsprachigen verankern konnte, liegt unter anderem daran, dass der von Blocher beschworene mythische Kern des „Schweizervolkes“, die „Gemeinschaft“ auf dem „Rütli“ (S. 13), in der Romandie eine viel schwächere Ausstrahlung hatte. Was Detlev Claussen allgemein formuliert hat, trifft auf den Unterschied zwischen den beiden Sprachgebieten verblüffend stark zu: „Der Mythos ethnischer Herkunft verdrängt das rationale Willensbildungsprinzip der Nation (...). Das tägliche Plebiszit, von dem Renan sprach, wird heute ersetzt durch die Versicherung einer elitär-populären Kontinuität. Elitär gegen die Fremden, populär für die Einheimischen: Die Ethnisierung zieht notwendig das xenophobe Moment nach“.³²

Ihren Höhepunkt hatte die konservative Einbürgerungsphobie in der Zwischenkriegszeit und während des Krieges. Eine der Schlussfolgerungen des katholisch-konservativen Zentralorgans „Vaterland“ aus dem Generalstreik von 1918 lautete, dass man das Bürgerrecht von „einer wirklichen schweizerischen Gesinnung“ abhängig machen müsse (29.11. 1918, Ernst/Wigger, 161). Zwanzig Jahre später forderte das „Vaterland“ eine „schärfere Einbürgerungspraxis“ (3.6.1938, Ernst/Wigger 1993, 195). Laut „Vaterland“ war der Konservatismus (der 1847 die Gründung des Bundesstaates militärisch bekämpft hatte) die einzige Kraft, welche das Adjektiv „schweizerisch“ verdiente. Sowohl der sozialistische Klassenkampf als auch der freisinnige Kulturkampf würden aus einer „unschweizerischen Tradition“ stammen (Vaterland, 26.10. 1928).

Hinter dieser Staatsvorstellung steckt die Idee vom „christlichen Volksstaat“ und von der Gesellschaft als „Klassen-, Standes- und Volksgemeinschaft“, deren „Harmonie“ durch einen starken Ordnungsstaat erzwungen wird. (Vaterland 24.10.1919, 26.10.1928, Kleger 1993, 184, 205f.) Im April 1933 würdigte das „Vaterland“ die im Frontenfrühling erwachte „Jugend“ für ihren Kampf gegen die „Entwicklung von der „organischen Gemeinschaft zur mechanischen Gesellschaft““ (25.4.1933, Imhof 1993, 343).

Mit ähnlichen, die nationale „organische Gemeinschaft“ über die individuellen Bürger- und Menschenrechte stellenden Argumenten bekämpfte die Zeitung „Schweizerzeit“ im Frühling 1999 die Revision der Bundesverfassung. Die zentralen Einwände der mit der *Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz* (Auns)³³ verbundenen Publikation sind deutlich: „Die Schweiz wird nicht mehr als ‘Vaterland’ begriffen. Und an Stelle von ‘Schutz der Freiheit und Recht der Eidgenossen’ ist nur noch von Freiheit und Rechten der ‘Bevölkerung’ die Rede. Es gibt keine Eidgenossen mehr und auch kein Volk – nur noch Bevölkerung.“ (6/21.3.1999) „Warum sollen künftig nicht mehr ‘alle Schweizer’, sondern ‘alle Menschen’ vor dem Gesetz gleich sein?“ (8 / 16.4.1999) Die konservative Kritik an der Ver-

knüpfung von Bürger- und Menschenrechten ist so alt wie deren Deklaration durch die Französische Revolution. In der Romandie stiess diese Kritik auf viel geringeres Echo als in der Deutschschweiz.³⁴

Wenn die SVP in letzter Zeit die Erschwerung von Einbürgerungen zu einem Hauptthema ihrer Politik gemacht hat, dann sind hier nicht nur populistische Gründe im Spiel. Die jüngste Volksinitiative der SVP der Stadt Zürich „Einbürgerungen vors Volk“ und ihre Warnungen vor „Masseneinbürgerungen“ gehören zum nationalkonservativen Kerngeschäft. Aufschlussreich sind die von der SVP verwendeten Begriffe: Hier das „Volk“, dessen nationale „Werte“ und „Traditionen“ von der SVP bewahrt werden, dort die „Massen“ einer „kosmopolitischen“ Gesellschaft, vor denen die Konservativen aller Schattierungen seit jeher ihre Abscheu bekunden.³⁵

Das Soziale und das Liberale radikal von links einfordern

Die letzten Nationalratswahlen im Herbst 1999 machten die SVP nicht nur zur stärksten Partei. In der Deutschschweiz hat sie unter den schlecht verdienenden und den schlecht ausgebildeten Bürgerinnen und Bürgern weitaus am meisten Stimmen gewonnen (Hirter 2000, 18f.). Für die Linke bedeutet dies zweierlei: Erstens muss sie die materiellen Interessen der ArbeiterInnen und Angestellten viel entschiedener vertreten. Nur so ist es möglich, die Instrumentalisierung der berechtigten sozialen Ängste durch einen demagogischen Nationalkonservatismus zu verhindern. Die Dekonstruktion des neokonservativ-antietatistischen Diskurses zu Sozialabbau, Steuersenkung und Privatisierung zeigt, dass in den SVP-Forderungen keine Sachzwänge stecken, aber auch nicht einfach nur Sonderinteressen, sondern, was häufig übersehen wird, die alte aber modernisierte Ideologie des emanzipationsfeindlichen Sozialkonservatismus, die schichtenübergreifend ankommt.

Zweitens muss die Linke zur Kenntnis nehmen, dass Blochers Erfolgsgeheimnis nicht primär im Rechtspopulismus und in den Werbemillionen, sondern in einem – bis in die späten 1960er Jahre selbst in Teilen der deutschschweizerischen Sozialdemokratie – tief verwurzelten Nationalkonservatismus liegt. Allein mit einer Interessenpolitik lässt sich diesem nicht beikommen. Die Linke müsste sich den Vorwurf gefallen lassen, den Hannah Arendt jenem Flügel der französischen Sozialisten gemacht hat, der die Dreyfus-Affäre der späten 1890er Jahre als eine „innerbürgerliche Angelegenheit“ und „Recht und Gerechtigkeit“ als „leere Worte“ betrachtet hat: „Interessenvertreter ... ohne eigentlichen Sinn für die spezifisch politischen Prinzipien des öffentlichen Lebens.“³⁶ Damit plädierte die Philosophin für die Verbindung von nationalen Bürger- und universellen Menschenrechten.

Eine linke Gegenstrategie verfolgt neben der Politik des Sozialen auch den politischen Anspruch, das Liberale zu radikalisieren, der „Gemeinschaftsfalle“ (Holmes 1995, 306) und dem „Standortnationalismus“ (Butterwegge 1999) eine Wertepolitik entgegensetzen, die auf der Verbin-

derung von Solidarität und Emanzipation baut.³⁷ Dabei darf und muss sie – ähnlich wie die französischen Dreyfusards – an die universalistischen Errungenschaften des schweizerischen Republikanismus anknüpfen. Eine linkspopulistische Sozialpolitik, die ebenfalls von der Verteidigung des „Standort-Vorteils“ ausgeht, bleibt defensiv gegenüber dem Nationalkonservatismus und gelähmt in der „politischen Prinzipien“-Frage: Wie machen wir aus den Hunderttausenden von arbeitenden „Ausländerinnen“ und „Ausländern“ in der Schweiz gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger?

Dass der Aufbau einer Alternative zu Blochers/SVP-Themen keine einfache Aufgabe ist und selber eine starke Kohärenz aufweisen muss, zeigt das laut Blocher „vielleicht wichtigste Geheimnis der SVP“. So hält er fest: „Wir verstehen unter Heimat nicht nur ein Stückchen Erde, sondern auch die Geschichte, die sich darauf abgespielt hat, die Gemeinschaft von Menschen, die sich kennen, das Geborgensein in Landschaft, Dörfern und Städten. Wer uns das schmälert oder wegnimmt, tut etwas Furchtbares, denn er mordet ein Stück unserer Seele und vergiftet die geistige Luft, die wir atmen.“ (S. 17f.) Gegen solche affektvollen Bilder, welche „den Wunsch nach der richtigen Gesellschaft, aber in emotional verzerrter Form“ abrufen und „die Angst des Einzelnen: überflüssig zu sein“ (Claussen) ansprechen, hilft keine ideenschwache Politik, die sich im Protest gegen den „Rechtspopulismus“ erschöpft. Und eine gegen Blocher gerichtete „Koalition der Vernunft“ der SozialdemokratInnen mit den anderen bürgerlichen Parteien, welche die soziale Sicherheit und den Service publique schwächen, die politischen Rechte der ImmigrantInnen geringachten und die Aussenpolitik militarisieren, verhindert die Diskussion über die Strategie, die der nationalistischen „Volksgemeinschaft“ die gesellschaftliche Solidarität entgegenstellt.

Anmerkungen

- 1 Im folgenden nehme ich in Klammer Bezug auf Christoph Blochers Albisgütlirede vom 21. 1. 2000: *Die sieben Geheimnisse der SVP (streng vertraulich)*, SVP Zürich 2000.
- 2 Zur konservativen Medienfeindlichkeit siehe u.a. die NZZ vom 30. 5. 2000: „Luzi Stamms Medienphobie“.
- 3 Zit. in: Hans Hartmann / Franz Horvath: *Zivilgesellschaft von rechts. Die unheimliche Erfolgsstory der Zürcher SVP*. Zürich 1995, 59.
- 4 Theres Maurer: Ulrich Dürrenmatt 1849-1908. Ein schweizerischer Oppositionspolitiker, Bern 1975, 85-88, 351-360; Dies.: Die „Berner Volkszeitung“ von Ulrich Dürrenmatt. In: Aram Mattioli (Hg.): *Antisemitismus in der Schweiz 1848-1960*. Zürich 1998, 241-263.
- 5 Remigius Niederberger: Das Wort für das Volk über das Projekt eines eidgenössischen Schulgesetzes. *Stans* 1882, 12; Josef Lang: Der Unterwaldner Konflikt zwischen dem „neuen Bruder Klaus im Bundesfrack“ und dem ultramontanen Klerus. In: Alexandra Binnenkade / Aram Mattioli: *Die Innerschweiz im frühen Bundesstaat (1848-1874)*. 77-108.
- 6 Siehe zu den „antiintellectual traits“ Urs Altermatt: *Conservatism in Switzerland*. A

- Study on Antimodernism. In: *Journal of Contemporary History*, Number 4, 1979, 581-609, hier 601.
- 7 Josef Lang: Antisemitismus in strenger Sachlichkeit. In: *WochenZeitung* Nr. 4 / 24. Januar 1997.
 - 8 Zit. in Hartmann/Horvath, 1995, 90.
 - 9 Zit. in ebenda, 86.
 - 10 Zit. in ebenda, 57.
 - 11 Siehe zum Antietatismus den etwas beschönigenden Standardtext von Erich Gruner: *Konservatives Denken und konservative Politik in der Schweiz*. In: Gerd-Klaus Kaltenbrunner (Hg): *Rekonstruktion des Konservativismus*. Dritte unveränderte Auflage, Bern 1978, 241-272; *Statistisches Jahrbuch der Schweiz* 2000, Zürich 1999, 451.
 - 12 Zit. in: Walter Nigg: *Jeremias Gotthelf als konservativer Denker*. In: Kaltenbrunner, ebenda, 407-425, hier 415f.; Albert Tanner: *Jeremias Gotthelf – vom Liberalen zum Konservativen?* In: *Schulpraxis* 3/97, 4-8.
 - 13 Arnold Keller: *Augustin Keller, 1805-1883*. Aarau 1922, 300.
 - 14 Urs Altermatt: *Der Weg der Schweizer Katholiken ins Ghetto*. Freiburg, 3. überarbeitete Auflage, 1995, 217; Maurer, 1975, 217, 226, 327; Blocher 1999, 8.
 - 15 Hartmann/Horvath, 1995, 47.
 - 16 Zit. in: Peter Stadler: *Die Diskussion um eine Totalrevision der Schweizerischen Bundesverfassung 1933-1935*. In: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte*, 19/1969, 75-169, hier 153-156.
 - 17 Gemäss einer Umfrage des GfS-Forschungsinstitutes/Bern unter 1210 SchweizerInnen (vgl. www.gfs.ch/news) ist die „Nähe zum antisemitischen Denken“ in der SVP mit 33 Prozent doppelt so stark verbreitet wie unter allen StimmbürgerInnen. Diese Repräsentativ-Befragung hat zu Kontroversen geführt; in SVP-Kreisen wird sie angezweifelt. Das Forschungsinstitut wird demnächst in einer weiteren Publikation auf die Kritiken eingehen und die Umfrageergebnisse nachdrücklich bestätigen können. Siehe auch zum Ehrverletzungsprozess, den Blocher gegen „SonntagsBlick“ angestrengt hat: „Blocher und das Klischee vom geldgierigen Juden“, T.A. v. 3. Nov. 1999 und v. 21. Juni 2000. Zum christlichnationalistischen Antisemitismus siehe: Josef Lang: *Ultramontanismus und Antisemitismus in der Urschweiz - oder: der Kampf gegen die Säkularisierung von Staat und Gesellschaft*. In: Aram Mattioli / Olaf Blaschke: *Katholischer Antisemitismus im 19. Jahrhundert. Ursachen und Traditionen im internationalen Vergleich*. Erscheint im Herbst im Orell Füssli Verlag.
 - 18 Wilhelm Röpke: *Internationale Ordnung*, Erlenbach-Zürich, 1945; Ders.: *Gesellschaftskrise der Gegenwart*, Erlenbach-Zürich 1942, S. 31; auch Katharina Bretscher-Spindler nennt Röpke einen „Liberalen“ – trotz den von ihr zitierten antiliberalen Aussagen. In: Dies.: *Vom heissen zum kalten Krieg. Vorgeschichte und Geschichte der Schweiz im Kalten Krieg 1943-1968*, Zürich 1997, 30-37, 92. 341-344.
 - 19 Zitiert in: Maurer, Dürrenmatt, 333; siehe weiter: Jean-Charles Biaudet: *Der modernen Schweiz entgegen*. In: *Handbuch der Schweizer Geschichte*, Band 2, Zürich 1980, 927-934.
 - 20 Jungmannschaft, 16. 9. 1941; Kurt Imhof: *Zur Ethnisierung der politischen Kommunikation*. In: *Schweizerischer Arbeitskreis für ethische Forschung* (Hg.): *Der Umgang mit dem Fremden*, Arbeitsblätter 1.94, Nr. 31, Zürich 1994, 27-42.
 - 21 SVP der Stadt Zürich: *Konzept für eine Zürcher Ausländerpolitik*. Zürich 1999, 11-13; *Zürcher Bote* zit. bei Hartmann/Horvath, 1995, 96.
 - 22 SVP Stadt Zürich: *Konzept zur Ausländerpolitik*. 1999, 21; zur alteidgenössischen Judenfeindlichkeit siehe u.a. Augusta Weldler-Steinberg: *Geschichte der Juden in der Schweiz*, Erster Band, Zürich 1966, 17, 47ff., 58f.; Peter Kamber: *Pogrome und Schwarzer Tod. Wie die Schweiz im 14. Jahrhundert ein Verfolgungssystem exportierte*. *Basler Magazin*, No 35, 30. August 1997, 6f.
 - 23 Hans Rudolf Kurz: *Die Geschichte der Schweizer Armee*. Frauenfeld 1985, 24; Josef

- Lang: Die Seele der Nation. Die Bedeutung einer Schweiz ohne Armee. Frankfurt am Main 1989, 18; Hans-Ulrich Jost: Bedrohung und Enge (1914-1945). In: Geschichte der Schweiz – und der Schweizer, Band III, Basel 1983, 101-189.
- 24 SVP Stadt Zürich: Konzept zur Ausländerpolitik, 1999, 23f..
 - 25 Wilhelm Röpke: Marktwirtschaft ist nicht genug. Vortrag vom 8.5.1957 in Bad Godesberg. In: Ders.: Wort und Wirkung, Ludwigsburg 1964, S. 139; siehe auch Bretscher-Spindler, S. 201f.
 - 26 Christoph Blocher: Freiheit und Sozialismus. Aufruf an die Sozialisten in allen Parteien, Zürich 2000, 12. Als „Werbebeilage“ in der „Weltwoche“ und NZZ Ende Juni, Anfang Juli von Blocher nochmals lanciert und in der SF-Arena v. 30.6. gleichzeitig angekündigt.
 - 27 Zürcher Bote, Nr. 39, 29.9.1989 zit. In: Hartmann/Horvath, 1995, 156.
 - 28 Hirter, 2000, 21. Der Konservatismus in der französischsprachigen Schweiz war stärker „abendländisch“ im Sinne der europäischen Rechten. Auch der katholische Konservatismus war mehr konfessionalistisch und weniger nationalistisch als in den Innerschweizer Stammländern.
 - 29 Siehe auch Tobias Kästli: Die Schweiz. Eine Republik in Europa. Geschichte des Nationalstaats seit 1798. Zürich 1998, 436-452; Rudolf Schlaepfer: Die Ausländerfrage in der Schweiz vor dem Ersten Weltkrieg. Zürich 1969. Siehe hier vor allem die Debatte um die Schaffung eines Schweizerbürgerrechts zwecks Erleichterung der Integration der „Ausländer“, 185-223, VII.
 - 30 Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend die Revision der Bundesverfassung (vom 12. Februar 1866), Beilage B; Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1996. Zürich 1995, 381; Josef Lang: Der Widerstand gegen die Judenemanzipation in der Zentralschweiz 1862-1866. In: Aram Mattioli: Antisemitismus in der Schweiz 1848-1860. Zürich 1998, 193f; Georg Kreis: Die Schweiz unterwegs. Schlussbericht des NFP 21. „Kulturelle Vielfalt und nationale Identität“. Basel 1993, 176-196, Kästli, 1998, 479-481, 513.
 - 31 Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft nebst sämtlichen in Kraft stehenden Kantonsverfassungen, Freiburg 1860, 198; Jakob Wyrsch: Zur Psychologie der Landsgemeinde. In: Geschichtsfreund Stans 1928, 549-565.
 - 32 Detlev Claussen: Die missglückte Säkularisierung. Über Xenophobie, Antisemitismus und Nationalismus als Bestandteile einer modernen Alltagsreligion. In: Widerspruch Heft 26, Dezember 1993, 14.
 - 33 Die 1986 aus dem Aktionskomitee gegen den UNO-Beitritt entstandene überparteiliche *Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz* (AUNS) hat nach eigenen Angaben über 36'000 Mitglieder. Die von Christoph Blocher präsierte und vom „Schweizerzeit“-Redaktor Ulrich Schlüer geführte Bewegung richtet sich vor allem gegen eine Öffnung der Schweiz nach aussen und gegen die Ausweitung der Bürgerrechte im Innern, also gegen „hohe Einbürgerungsquoten“. Siehe dazu: Florence Vuichard: „Die Angst, der Schweizer gehe irgendwie verloren“. In: Der Bund 8. 5. 1999.
 - 34 Statistisches Jahrbuch der Schweiz 2000, Zürich 1999, 451f.
 - 35 Siehe zur Einbürgerungs-Frage und -Initiative: NZZ vom 2.6.2000: „Beschwerlicher Weg zum Schweizer Pass“ und die „Schweizerzeit“ vom 7.4.200: „Rechtsanspruch auf Einbürgerung?“ von Nationalrat Hans Fehr, Eglisau. Vgl. Albert Hirschmann: Denken gegen die Zukunft. Die Rhetorik der Reaktion, Frankfurt am Main 1992, 28-33.
 - 36 Hannah Arendt: Die Dreyfus-Affäre. In: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft (1951), München 1986, 195.
 - 37 Siehe dazu: Josef Lang: Antisemitismus – Katholizismus – Linke. Das Schlüsselwort heisst Emanzipation. In: Rote Revue, Bern 2/2000, 38-42.

Literatur

- Altermatt, Urs, 1991 (2. Auflage): Katholizismus und Moderne. Zur Sozial- und Mentalitätsgeschichte der Schweizer Katholiken im 19. und 20. Jahrhundert. Zürich
- Blocher, Christoph, 1998: Albisgütlirede 1998. Die Schweiz im Jubiläumsjahr 1998. Eine politische Standortbestimmung anlässlich der 10. Albisgütli-Tagung der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich. Freitag 16. Januar 1998. Zürich
- Ders., 1999: Politik im 20. Jahrhundert – gewidmet unseren sieben Bundesräten. Eine politische Standortbestimmung anlässlich der 11. Albisgütli-Tagung am 15. Januar 1999 von Nationalrat Christoph Blocher, Zofingen
- Butterwegge, Christoph, 1999: Globalisierung, Standortnationalismus und Sozialstaat. Widerspruch Heft 38, Zürich
- Claussen, Detlef, 1993: Die missglückte Säkularisierung. Widerspruch Heft 36, Religion und Macht, Zürich
- Ernst, Andreas / Wigger, Erich, 1993: Innovation und Repression: Die Restabilisierung der bürgerlichen Schweiz nach dem Ersten Weltkrieg. In: Imhof, Kurt / Kleger, Heinz / Romano, Gaetano: Zwischen Konflikt und Konkordanz. Analysen von Medienereignissen in der Schweiz der Vor- und Zwischenkriegszeit. Krise und sozialer Wandel. Band 1. Zürich S. 109-171.
- Fritzsche, Bruno/Lemmenmeier, Max, 1994: Die revolutionäre Umgestaltung von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat 1780 - 1870. In: Geschichte des Kantons Zürich. Zürich, Band 3, 20-157.
- Gesellschaft für Sozialforschung (GfS), 2000: Einstellung der SchweizerInnen gegenüber Jüdinnen und Juden und dem Holocaust. Bern
- Hartmann, Hans / Gross, Andreas (Hg.), 1995: Heile Welt Schweiz. Die nationalkonservative Bewegung in der Diskussion. Zürich
- Hirter, Hans, 2000: Wahlen 1999. Zusammensetzung und politische Orientierung der Wählerschaft bei den eidgenössischen Wahlen 1999. Swiss Electoral Studies. Band 4. Bern/Genf/Zürich
- Holmes, Stephen, 1995: Die Anatomie des Antiliberalismus. Hamburg
- Imhof, Kurt, 1993: Lernen von Aussen? Oder: die Betrachtung des Irrationalen als Voraussetzung für Vernunft. Programmatische Mutationen in der Krise der 30er Jahre. In: Imhof/Kleger/Romano, 1993, S. 289-355.
- Imhof, Kurt / Kleger, Heinz / Romano, Gaetano (Hg.), 1993: Konkordanz und Kalter Krieg. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Zwischen- und Nachkriegszeit. Zürich
- Dies. (Hg.), 1999: Vom Kalten Krieg zur Kulturrevolution. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der 50er und 60er Jahre. Zürich
- Iten, Andreas, 1999: Blochers Populismus + Widerspruch. Über den Wahrheitsgehalt der Albisgütlirede '99. Zürich
- Jost, Hans Ulrich, 1992: Die reaktionäre Avantgarde. Die Geburt der Neuen Rechten in der Schweiz um 1900. Zürich
- Jost, Hans-Ulrich, 2000: Die SVP als postmoderne Prätorianergarde. In: Rote Revue, Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur, Bern 1/2000, 21.
- Kleger, Heinz, 1993: Demokratiekonflikte und Staatssemantik. Von der Verteidigung nach innen zur Verteidigung nach aussen: Das Staatsverständnis in den Nationalratswahlen der Zwischenkriegszeit. In: Imhof/Kleger/Romano, 173-246.
- Kölz, Alfred, 1992: Neuere Schweizerische Verfassungsgeschichte. Ihre Grundlinien vom Ende der Alten Eidgenossenschaft bis 1848. Bern
- Lang, Josef, 1996: Katholisch-konservativer Antisemitismus in der Schweizer Geschichte. In: Widerspruch Heft 32 „Streit um Geschichte, Antisemitismus, Rassismus“, Zürich
- Mattioli, Aram (Hg.), 1995: Intellektuelle von rechts. Ideologie und Politik in der Schweiz 1918-1939. Zürich

- Meier, Hans-Peter / Rosenmund, Moritz, 1982: CH-Zement. Das Bild der Schweiz im Schweizervolk. Zürich
- Siegenthaler, Hansjörg, 1994: Supranationalität, Nationalismus und regionale Autonomie, In: traverse 3, Zürich
- Tanner, Albert, 1998: Ein Staat nur für die Hablichen? Demokratie und politische Elite im frühen Bundesstaat. In: Studer, Brigitte: Etappen des Bundesstaates. Staats- und Nationsbildung der Schweiz, 1848-1998. Zürich
- Vuichard, Florence, 1998: Das Verschwinden des Schweizers. Lizentiatsarbeit am Institut für Soziologie, Universität Bern

Der Freitag ist eine linke, intellektuelle,
immer noch die einzige,
Ost-West-Wochenzeitung
für Kultur und Politik
aus Berlin

Wir bieten ein
Podium für die Kultur der Differenz
Wir sind ein
Forum für Minderheiten
Wir liefern Reportagen
und führen Debatten

Wir haben eine Frauenseite

Besuchen Sie unsere Internetseiten
und bestellen Sie ein Probeabo

Freitag
Die Ost-West-Wochenzeitung

www.freitag.de